

Statement Dr. med. Peter Nienhaus genannt Wiedenbrück zur Gründung des Vereins „Hambacher Bund freier Ärztinnen und Ärzte“

SPERRFRIST: BEGINN DER REDE ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vieles von dem, was wir bislang hier heute gehört haben, hat nicht zuletzt durch Ihre engagierte und Mut machende Diskussionsbereitschaft zusätzlich an glaubhaftem politischen Fundament gewonnen.

Dafür danke ich Ihnen im Namen der Veranstalter sehr herzlich!

Dieses heute gegossene Fundament verpflichtet uns aber geradezu, weiter zu denken, Perspektiven zu entwickeln und Strategien aufzuzeigen.

Wir müssen politische Grundsätze formulieren und uns selbst darauf aufbauend zu entsprechendem Handeln verpflichten.

Wir Ärztinnen und Ärzte müssen in der Gesamtheit unseres Berufsstandes zum zwingend notwendigen Korrektiv in einer verfehlten Gesundheitspolitik werden!

Solange nämlich Politiker in der Spannung zwischen Rationalität und intuitiven Impulsen, zwischen institutioneller Verantwortung und teilweise fremd gesteuerten persönlichem Ehrgeiz agieren, kann es mit einer glaubwürdigen Gesundheitspolitik in unserem Land nichts werden.

Stattdessen – und heute schon eindrucksvoll aufgelistet und dargestellt:

- ständige Angriffe auf die Garantie für unsere freie ärztliche Berufsausübung in wirtschaftlicher Unabhängigkeit,
- ständige Angriffe auf die Schweigepflicht,
- ständige Angriffe auf die Therapiefreiheit.

Vor dem Hintergrund des uns allen bis zum Überdruß bekannten und täglich erlebten Szenarios der Missachtung unseres Berufsstandes, unserer Würde als frei beruflich tätige Ärzte und in Verantwortung für unsere Patienten müssen wir aufstehen!

Aufstehen müssen wir Ärztinnen und Ärzte zusammen mit unseren Patientinnen und Patienten in unserer gemeinsamen Verpflichtung für das Gemeinwohl und für das elementare Bürgerrecht auf freie Ärztinnen und Ärzte.

Seit vielen Wochen haben Mitglieder der ‚Freien Ärzteschaft‘ aus vielen Regionen immer wieder zusammen gesessen, haben sich in unzähligen E-Mails und auch in Telefonkonferenzen ausgetauscht.

Einziges Ziel dieser vielfältigen Beratungen war es, Möglichkeiten auszuloten, wie unser aller berechtigter Anspruch auf uneingeschränkte Wiederherstellung unserer grundgesetzlich geschützten Freiberuflichkeit wiederhergestellt und dauerhaft garantiert werden kann.

Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass dies in den politischen Wahrnehmungsprozess umso glaubhafter implementiert werden kann, wenn ein neuer ärztlicher Berufsverband - allein diesem Anspruch verpflichtet - entsprechend agiert.

Indem wir heute in sehr bewusster Aufnahme des gesellschaftlichen Anstoßes und politischen Auftrages dieser historischen Stätte die Gründung des „Hambacher Bundes freier Ärztinnen und Ärzte“ bekannt geben, bekennen wir uns zu dieser Verpflichtung.

Als vom Gründungs-Vorstand gewählter Vorsitzender lege ich großen Wert auf folgende Feststellungen:

- 1) Alle Gründungsmitglieder sind und bleiben überzeugte Mitglieder der ‚Freien Ärzteschaft‘ und betrachten sich mit ihrem neuen Verein nicht in Konkurrenz sondern Kooperation, wo immer diese möglich ist.
- 2) Der neue Verein trägt im Namen den Zusatz „Vereinigung zur Förderung des Bürgerrechtes auf freie Ärzte“. Dies bedeutet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, der die Ziele des Vereins unterstützt, Mitglied werden kann.
- 3) Die Eintragung des Vereins-Namens mit Zusatzbezeichnung ist ebenso beantragt wie die Anerkennung Gemeinnützigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

von hier und heute muss das Signal ausgehen, dass die Freiheit des ärztlichen Berufes die „conditio sine qua non“ ist, um die gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sie auch in ständiger Verantwortung gegenüber unseren Patienten und im partnerschaftlichen Dialog mit ihnen fortzuentwickeln.

Insofern ist unser Staat in der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, unsere Freiberuflichkeit zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Die Satzung unseres Vereins, die Ihnen vorliegt, formuliert dies eindeutig!

Nur die freiberufliche Tätigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Arztes sorgt dafür, dass die Menschen nicht anonym-bürokratisch und unpersönlich beraten und behandelt werden!

Dem freien Bürger, dem der ungehinderte Zugang zum Arzt seines Vertrauens auf der Grundlage unseres Grundgesetzes uneingeschränkt garantiert werden muss, muss die Sorge genommen werden, dass Ärztinnen und Ärzte nur noch als staatlich dazu verdonnerte Sparkommissare tätig sein können!

Uns Ärztinnen und Ärzten wiederum muss die Sorge genommen werden, für Maßnahmen geradestehen zu müssen, die unserem ärztlichen Selbstverständnis widersprechen.

Wir befinden uns in einem Bundestags-Wahljahr.

Insofern werden wir – und das ist die erste große Aufgabe, der sich unser neuer Verein annehmen wird – die Parteien und ihre Kandidaten für den nächsten Deutschen Bundestag durch entsprechende öffentliche Befragungen daran messen, ob sie uns Ärztinnen und Ärzten glaubhaft die Sorge nehmen können, nur noch als Vollstrecker staatlich verfügbarer Sparpolitik selbst in den Ruin getrieben zu werden!

Unter dem Motto „Wahlzettel ist Denkkzettel“ werden wir Wahlkampf für das Gesundheitswesen machen. Bundesweit rund acht Millionen Patienten-Kontakte werktätig bieten hierbei doch wohl eine respektable Basis für einen intensiven Gesundheits-Wahlkampf.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrte Damen und Herren, machen Sie mit in unserem „Hambacher Bund freier Ärztinnen und Ärzte“.

Im Bundeskanzleramt, im Bundesgesundheitsministerium und in den Wahlkampfzentralen der großen Parteien muss jeder und jedem klar sein:

Gegen uns Ärztinnen und Ärzte geht gar nichts, ohne uns Ärztinnen und Ärzte geht nur wenig, nur mit uns Ärztinnen und Ärzten kann das Richtige zum Erhalt unseres Gesundheitswesens geschehen.

Ich lade Sie noch einmal herzlich ein zur Mitgliedschaft in unserem neuen Ärzteverband und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

20. April 2013